

Stand: 04.02.2026 12:44:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4113

"Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4113 vom 27.11.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/5095 des VF vom 18.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 27.02.2025
4. Beschluss des Plenums 19/5743 vom 11.03.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 11.03.2025
6. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 11.03.2025



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold und Fraktion (AfD)**

Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, die Ausweisung krimineller Ausländer zu erleichtern und Asylsuchenden, die Straftaten begehen, die rechtliche Anerkennung als Flüchtling konsequent zu versagen bzw. zu widerrufen. Dazu soll insbesondere das Aufenthaltsgesetz, die §§ 53 ff. Aufenthaltsgesetz (AufenthG), dahingehend geändert werden, dass ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse i.S.d. § 54 AufenthG bereits dann vorliegt, wenn ein Ausländer wegen einer Vorsatztat zu einer Freiheitsstrafe, Jugendstrafe oder Geldstrafe von mindestens 91 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt worden ist und ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegt, wenn ein Ausländer wegen einer vorsätzlichen Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist. Die Beschränkung auf besondere Deliktsformen oder Tatmodalitäten wird aufgehoben.

Begründung:

Wenn Ausländer, die in Deutschland im Rahmen eines Asylverfahrens Schutz suchen oder sich aus anderen Gründen in Deutschland aufhalten, Straftaten begehen, kann dies den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland und die Akzeptanz für die Aufnahme von Schutzbedürftigen sowie für die legale Zuwanderung durch die einheimische Bevölkerung gefährden.

Zudem befördern die zahlreichen Straftaten von Migranten Ressentiments gegenüber Ausländern und Asylsuchenden, die sich hier rechtstreu verhalten. Ziel der Initiative ist es, die Ausweisung krimineller Ausländer zu erleichtern und Asylsuchenden, die Straftaten begehen, die rechtliche Anerkennung als Flüchtling konsequent zu versagen. Das Ausweisungsrecht muss verschärft werden, um die Ausweisung krimineller Ausländer zu erleichtern. Wenn ein Asylbewerber hier Straftaten begeht, soll zudem konsequenter als bisher die Anerkennung, als Flüchtling versagt werden können.

Künftig soll ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten, rechtskräftig verurteilt worden ist, unabhängig vom Strafmaß.

Ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse soll künftig bereits dann gegeben sein, wenn ein Ausländer unabhängig von dem Delikt und den Tatmodalitäten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Geldstrafe von mindestens 91 Tagessätzen verurteilt wird.

Gemäß Art. 103 Abs. 3 Grundgesetz (GG) darf niemand wegen derselben Tat aufgrund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals bestraft werden. Die Regelungen nach §§ 53 ff. AufenthG sind jedoch keine allgemeinen Strafgesetze. Darüber hinaus ist zu

beachten, dass obwohl § 53 AufenthG grundsätzlich kein Ermessen vorsieht, die Behörde bei ihrer Entscheidung dennoch eine Verhältnismäßigkeitsprüfung durchzuführen hat. Nur wenn die Ausweisung auch im Einzelfall verhältnismäßig ist, darf die Behörde den Ausländer ausweisen. Die Verhältnismäßigkeit ist durch die Abstufung bezüglich des Strafmaßes bereits ausreichend berücksichtigt.

Asylsuchenden, die das Gastrecht missbrauchen, weil sie wegen einer Vorsatzstrafat rechtskräftig verurteilt wurden, ist die Anerkennung als Asylberechtigter zu versagen oder die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ist zu widerrufen. Die Entscheidung soll nicht mehr anhand einer Gefahrenprognose getroffen werden, sondern zu einer Regelentscheidung werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/4113

Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 18. Februar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint das ganze Haus zu sein. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beide Male keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die beiden Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten und Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Über den Antrag der AfD-Fraktion soll gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und GRÜNE. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der
Abstimmung über die Europaangelegenheiten und die
nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt
wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt
Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge – Evaluierung
13.12.2024 - 07.03.2025
Drs. 19/4684, 19/5181

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5181
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH



ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde
zu legen.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Wettbewerb

Staatliche Beihilfen im Luftverkehr – Leitlinien der Kommission für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (Überarbeitung)

11.12.2024 - 05.03.2025

Drs. 19/4686, 19/5185

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 19/5185 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

ENTH

ohne

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Bürokratiefreies Bayern: Handwerksbetriebe und Privatpersonen von der Nachweispflicht für die Entsorgung von Altfenstern befreien
Drs. 19/3921, 19/4980 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Boni-Zahlungen an DB-Vorstand verhindern!
Drs. 19/3952, 19/5017 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Dr. Stefan Ebner u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbau der Energieinfrastruktur beschleunigen und Grundversorgung sichern: Verbandsklagerecht einschränken
Drs. 19/3957, 19/5112 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Bayerische Automobilindustrie und Biospritbranche retten:
Ausnahme für Biokraftstoffe aus dem EU-Verbrennerverbot
Drs. 19/4020, 19/5114 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling
Drs. 19/4113, 19/5095 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Alpenbiotopkartierung aktualisieren!
Drs. 19/4123, 19/4981 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU Keine Apotheken ohne Apotheker – Arzneimittelsicherheit nicht gefährden
Drs. 19/4157, 19/5008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Busfahrpersonal: Maßnahmen gegen die Personalkrise – Reduktion der Führerscheinpflichtstunden
Drs. 19/4158, 19/5089 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anerkennung ausländischer Ärztinnen und Ärzte beschleunigen
Drs. 19/4189, 19/5010 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Stärkung der kinder- und jugendärztlichen Versorgung in Bayern
Drs. 19/4247, 19/5011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Martin Böhm, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Raus aus dem Verbrenner-Aus – Aufschub und Aufhebung der
Strafzahlungen für die Nichteinhaltung der CO₂-Flottengrenzwerte
Drs. 19/4316, 19/5115 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier,
Kerstin Schreyer, Thomas Holz u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Felix Freiherr von Zobel u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hotels sind keine Parkhäuser – Übertragung von
Beherbergungsbetrieben in der Erbschafts- und Schenkungsteuer
Drs. 19/4386, 19/5009 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken I:
Betriebspraktikum an allen Schulartern verpflichtend einführen
Drs. 19/4424, 19/5012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken II:
Schulsozialarbeit an allen beruflichen Schulen etablieren!
Drs. 19/4425, 19/5013 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken III:
Berufliche Schulen in das Startchancen-Programm aufnehmen
Drs. 19/4426, 19/5014 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken IV:
Erasmus+ an beruflichen Schulen ausbauen
Drs. 19/4427, 19/5015 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler,
Dr. Simone Strohmayer, Doris Rauscher u.a. SPD
Berufliche Bildung stärken V: Digitale Infrastruktur ausbauen
Drs. 19/4428, 19/5016 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Brandenburg –
sofortige Schutzmaßnahmen ergreifen
Drs. 19/4552, 19/4982 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

21. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer,
Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Stilllegungswelle von Biogasanlagen verhindern
Drs. 19/4572, 19/5116 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--	--------------------------

22. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Daniel Artmann,
Jürgen Baumgärtner u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Belange der Menschen vor Ort und der betroffenen Kommunen
beim Brenner-Nordzulauf berücksichtigen
Drs. 19/4577, 19/5090 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	----------------------------	--

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,
Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Sozial- und Lohn-Dumping darf im Freistaat nicht Schule machen!
Drs. 19/4678, 19/5117 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm, Dieter Arnold und Fraktion (AfD)

Drs. 19/4113, 19/5095

Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Christoph Maier

Abg. Toni Schuberl

Abg. Karl Straub

Abg. Martin Böhm

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Matthias Vogler

Abg. Alexander Hold

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Arif Taşdelen

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Zur Erleichterung der Ausweisung von straffälligen Ausländern und Versagung der Anerkennung als Flüchtling (Drs. 19/4113)

Ich eröffne die Aussprache. Wir haben eine Redezeit von 29 Minuten vereinbart. Als Erstem erteile ich Herrn Kollegen Christoph Maier für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Kriminelle Ausländer raus" – das forderte 1997 der damalige Kanzlerkandidat Gerhard Schröder und gewann bekanntlich die Wahl gegen Helmut Kohl. Mit markigen Sprüchen nach demselben Muster machen die Vertreter der Kartellparteien auch heute noch gerne Wahlkampf, so auch Friedrich Merz, der mit seinem Fünf-Punkte-Plan für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration vor der letzten Bundestagswahl um Wählerstimmen warb, um dann, nur wenige Stunden nach der Wahl, zu betonen, dass er nicht willens sei, die deutsche Staatsgrenze zu kontrollieren und die illegale Migration zu stoppen.

Die Wahlkampflügen der Kartellparteien sind Legion. Doch im Gegensatz zu 1997 gibt es heute mit der Alternative für Deutschland eine Partei, die eine glaubwürdige Politik vertritt, die auch Taten folgen lässt.

(Beifall bei der AfD)

Immer mehr Landsleute kommen zu der felsenfesten Erkenntnis, dass nur die Alternative für Deutschland die Probleme in unserem Land offen anspricht und die richtigen Lösungen anbietet. Mit unserem Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, den § 54 des Aufenthaltsgesetzes zu ändern. Zweck ist es, die Abschiebung von straffälligen Ausländern zu erleichtern und Straftätern die Anerkennung als Flüchtling zu versagen.

Dazu müssen die Voraussetzungen für das sogenannte Ausweisungsinteresse neu formuliert werden. Ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse soll vorliegen, wenn Ausländer wegen einer vorsätzlichen Straftat verurteilt werden. Ein besonders schweres Ausweisungsinteresse soll gegeben sein, wenn ein Ausländer, unabhängig vom Delikt und den Tatmodalitäten, rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer Geldstrafe von mindestens 91 Tagessätzen verurteilt wurde.

Diese drei alternativen Voraussetzungen, vorsätzliche Straftat oder Freiheitsstrafe oder Geldstrafe von 91 Tagessätzen, sind stringent, aber gerecht. Dabei soll die Ermessensentscheidung des Gerichts, die eine Art Gefahrenprognose darstellt, durch eine Regelentscheidung ersetzt werden; denn der Gesetzgeber muss endlich klar formulieren, dass die Abschiebung von Straftätern politischer Wille ist. Remigration ist machbar und das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der AfD)

Wie dringend notwendig diese Gesetzesänderung ist, zeigen zwei Beispiele. In Oelde im schönen Münsterland sollte der Verurteilte IS-Terrorist Mukhammadsaid S. vor wenigen Tagen von der Polizei nach Verbüßung seiner mehrjährigen Haftstrafe in Abschiebehaft genommen werden. Er widersetzte sich der Festnahme, randalierte auf der Polizeiwache und hantierte dort mit einem Messer. Jeder Mensch, der halbwegs bei Verstand ist, kommt nach diesen Informationen ohne fachliche Vorbildung sofort zu der lebensnahen Betrachtung, dass dieser Mensch eine Gefährdung für die Allgemeinheit ist.

Doch was macht das Oberverwaltungsgericht Münster? – Es entschied, dass er in Deutschland bleiben darf. Die Begründung: Ihm könnte in seiner Heimat Gefahr drohen. Ja, Sie haben richtig gehört. Dem Terroristen könnte in seiner Heimat Gefahr drohen. Daher befindet er sich nach wie vor in Deutschland und sogar wieder auf freiem Fuß.

Ein ähnlich gelagerter Fall hat sich in Tirschenreuth in der Oberpfalz zugetragen. Dort lebte über zwei Jahre ein syrischer IS-Anhänger in einer Gemeinschaftsunterkunft und konnte nicht abgeschoben werden. Er wollte muslimische Fanatiker in Syrien zu Selbstmordanschlägen animieren und wurde dafür zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, die er auch verbüßt hatte. Seine geplante Abschiebung scheiterte dann, weil ihm in Syrien angeblich Gefahr für Leib und Leben drohte. Ja, die gesetzlichen Vorgaben machen es unseren Gerichten unnötig schwer, Terroristen und kriminelle Ausländer außer Landes zu schaffen. Doch die Bürgerinnen und Bürger trauen es Ihnen, den Kartellparteien, nicht mehr zu, die Sicherheit in unserem Land wiederherzustellen.

Der Terror auf unseren Straßen und die Gefährdung für Leib und Leben werden billigend in Kauf genommen, um die lebensgefährlichen Anwandlungen des gutmenschlich verweichlichten Weltbürgertums nachzuahmen. Wenn die Alternative für Deutschland am Ruder ist, wird wieder der Satz gelten: Unsere Sicherheit zuerst!

(Beifall bei der AfD)

Dann wird es keine Terroristen mehr auf freiem Fuß geben, dann werden keine straffälligen Asylbewerber mehr auf unseren Straßen herumlungern. Wer unser Gastrecht missbraucht, der muss raus, und zwar schnell. Remigration ist machbar. Es ist höchste Zeit dafür.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Maier, mir liegt die Meldung zu einer Zwischenfrage von Herrn Kollegen Schuberl vor.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Maier, Sie versuchen, uns zu täuschen. Sie reden immer von den "straffälligen Asylbewerbern", Sie reden von den "Illegalen" oder Ähnlichem. Das ist nur ein winziger Bruchteil derjenigen, die hier sind. Sie wollen Millionen von Ausländern aus unserem Land vertreiben. Diese Menschen leben hier legal und

sind gut integriert. Diese Millionen Menschen wollen Sie vertreiben. Sie verdecken dieses geplante Verbrechen immer damit, dass Sie von "Straffälligen" oder von den "Illegalen" reden.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Maier.

Christoph Maier (AfD): Ich habe es Ihnen schon einmal erklärt, was wir unter Remigration verstehen. Eine Personengruppe, die davon betroffen ist, sind die Straffälligen. Die Straffälligen wollen wir konsequent abschieben. Das ist auch die Mehrheitsmeinung in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Und die Millionen?)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion das Wort.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wiederhole die Frage von Herrn Schuberl. Sie haben in Ihrem Parteiprogramm vorgesehen, in Greding besprochen, Millionen von Ausländern zu remigrieren. Sie sind bis heute die Antwort schuldig geblieben, wer gemeint ist. Sie täuschen mit diesen Anträgen vor, straffällige Asylbewerber ausweisen zu wollen. Ich glaube, jeder will Straftäter ausweisen. Sie täuschen darüber hinweg, was Sie tatsächlich vorhaben. Beantworten Sie endlich die Frage, wer diese Millionen von Menschen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

– Sie beantworten die Frage sowieso nicht, Herr Maier, weil Sie sie nicht beantworten wollen und der Bevölkerung etwas vormachen wollen. – Wir haben mit Sicherheit keine Millionen von straffälligen Asylbewerbern hier im Lande. Sagen Sie endlich, wen Sie abschieben wollen. Sagen Sie endlich einmal die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Mich fröstelt es immer wieder, wenn ich Ihren puren Hass höre, auch als ich vorhin die Rede von Herrn Atzinger gehört habe, wie im Parlament über Kinder geredet wurde. Ich kriege da das pure Frösteln, und mir wird's – – Nein, Angst vor Ihnen habe ich nicht; denn vor Ihnen braucht man keine Angst zu haben. Aber ich weiß nicht, was für ein Menschenbild Sie nach außen vertreten.

Sie haben auch überhaupt nicht mitbekommen, dass wir eine neue Situation im Land haben. Auch für mich ist die Situation im Land neu. Für mich war es heute ganz neu, dass die SPD und die GRÜNEN im Parlament einen Konflikt miteinander hatten und aufeinander losgegangen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Ich möchte tatsächlich wirklich Danke sagen, weil im Sondierungspapier zwischen der Union und der SPD sehr, sehr viele vernünftige Dinge stehen. Ich möchte es auch ganz kurz ausführen.

Wir haben – das haben Sie wieder bestritten, Herr Maier – Zurückweisungen an den Grenzen in Absprache mit unseren europäischen Partnern beschlossen. Ich denke, das ist dringend notwendig. Ich möchte es auch begründen. Wir haben hier keinen inhumanen, sondern einen humanen Ansatz. Ich glaube, Deutschland muss wieder zum Durchatmen kommen. Das heißt, die Behörden, die Ehrenamtlichen, die Bevölkerung, alle müssen eine Zeit lang durchatmen. Ich glaube, mit diesen Zurückweisungen bekommt man endlich eine europäische Lösung und auch eine gleichmäßige Verteilung über ganz Europa. Das ist eine gute Situation, in die wir kommen. Für mich ist es ungewohnt, aber herzlichen Dank, liebe SPD, dass Sie mitgemacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir bekommen wieder die Kontrolle über das Land und darüber, wer zu uns ins Land kommen darf. Ich möchte da eines ganz klar betonen, weil das nämlich eine Abgrenzung zur AfD ist. Ich glaube, gerade die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

verlangen auch genau das von uns. Sie wurden nämlich durch die Vorkommnisse in letzter Zeit in Mithaftung genommen. Deswegen ist es höchste Zeit, dass wir diese Kontrolle wieder übernehmen.

Ganz kurz zu Ihrem Antrag: Ihren wahren Grund habe ich ausgeführt. Natürlich ist es unser vorrangigstes Ziel, straffällige Asylbewerber in ihr Heimatland zurückzuführen. Bayern tut da seit einigen Jahren sehr viel. Wir haben das Landesamt für Asyl und Rückführungen gegründet. Wir haben eine eigene Taskforce. Ich würde mir wünschen und bin mir sicher, dass jetzt im Bund und in der neuen Bundesregierung koordinierende Verantwortung übernommen wird, um diese Aufgabe zu übernehmen, dass straffällige Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückgeführt werden können.

Dazu gehört viel, viel mehr. Da können Sie immer sehr viel versprechen, Kollegen von der AfD. Wir brauchen Rückführungsabkommen mit den Ländern. Aber ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Ich denke, wir machen das ganz richtig, und mich freut es, dass wir hier auf einem guten Weg sind; denn das macht die AfD überflüssig. Sie war immer überflüssig, aber sie wird noch viel überflüssiger werden, als sie es schon war. Ich glaube, die AfD wird damit wieder aus den Parlamenten verschwinden, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der AfD – Zuruf von der AfD: Träum weiter!)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Martin Böhm das Wort.

Karl Straub (CSU): Der Herr Böhm – ich freue mich!

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Straub, Zurückweisung an der Grenze – das glauben Sie doch selber nicht. Ich sage Ihnen eines: Mit der CSU und der CDU wird es auch keine Kontrolle geben. Warum? – Weil Sie sich von der SPD quasi als Dackel an der Leine durch die politische Manege in Berlin führen lassen.

(Michael Hofmann (CSU): Das sind ja Wahnsinnsargumente! Unglaublich!)

Anders kann man das gar nicht beschreiben. Sie lassen sich durch die Manege führen, anstatt hinzugehen, aufrecht zu sein,

(Michael Hofmann (CSU): Fakten, Fakten, Fakten!)

einfach die Brandmauer einzureißen und zu vernünftiger Politik zurückzufinden.

(Beifall bei der AfD)

Karl Straub (CSU): Mein Kollege, Herr Hofmann, hat es gerade schon gesagt: Fakten, Fakten, Fakten! – Sie sollten sich einmal gelegentlich die Zahlen anschauen. Ich sage es jetzt so – liebe SPD, verzeihen Sie es mir -: Getrieben von der CDU/CSU im Bundestag hat Innenministerin Faeser Grenzkontrollen eingeführt. Die Zahlen sind massiv am Sinken.

(Lachen bei der AfD)

– Schauen Sie sich doch einfach einmal die Zahlen an, und reden Sie nicht ständig irgendeinen Blödsinn. Wir haben im Januar und Februar – in die Zahlen haben Sie noch nicht reingeschaut – wieder 50 % Rückgang. Wir werden die Grenzzurückweisungen ausweiten.

(Zurufe der Abgeordneten Christoph Maier (AfD) und Martin Böhm (AfD))

Deswegen werden weniger Asylbewerber kommen.

(Zuruf von der AfD: Lüge!)

Es tut mir für Sie leid, weil Sie vollkommen überflüssig werden. Sie werden vollkommen überflüssig. Sie werden aus den Parlamenten verschwinden, und das ist tatsächlich gut so. Ich kann das fünfmal unterstreichen.

Ein Wort noch: Sie reden von "uns". Wer ist denn für Sie überhaupt "uns"? – Ich kann sagen, wer für mich "uns" ist. Für mich sind das alle Menschen, Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten
Christoph Maier (AfD))

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht als Nächste die Kollegin Gülseren Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben wieder einen Antrag der AfD, die bekanntermaßen sehr unsachlich ist.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie haben in Ihrem Antrag wieder einmal Jugendstrafrecht und Erwachsenenstrafrecht durcheinandergeworfen. Sie reden auf der einen Seite von Geflüchteten, dann reden Sie von den Ausländern, und es ist gar nicht klar, wer eigentlich gemeint ist. Aber eines ist klar, denn das sagen Sie hier jedes Mal und immer wieder: Ihr Ziel ist, alle Menschen in diesem Land, die nicht Ihrem Weltbild und Ihrem Menschenbild entsprechen, die nicht so denken wie Sie und die die Welt nicht so sehen wie Sie, nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Heute sind es die Ausländer, die Migrant:innen, und morgen wird es eine andere Gruppe sein; denn Sie brauchen immer eine Gruppe,

(Zuruf von der AfD: Die GRÜNEN!)

um Ihre Berechtigung, Ihre Legitimität zu bekommen.

Kommen wir einmal zu Ihrem Antrag. Sie sagen hier immer wieder, Sie wollen die Remigration. Ihnen geht es nicht allein um die kriminellen Straftäter. Ich glaube, Sie werden hier unter den Demokratinnen und Demokraten niemanden finden, der sich schützend vor kriminelle Straftäter, Menschen, die aus islamistischen oder rechtsradikalen Gründen in Menschenmengen rasen,

(Zuruf von der AfD: Linksradikalen!)

stellt und sie verteidigt. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Ihr Ziel ist eigentlich – das sagen Sie auch – Remigration. Ihr Ziel ist, diesen Begriff in der Mitte der Gesellschaft zu etablieren,

(Martin Böhm (AfD): Da ist er bereits!)

damit es etwas Normales wird. Aber eigentlich heißt Ihre Remigration Deportation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir müssen den Begriff der Remigration durch Deportation ersetzen.

(Widerspruch bei der AfD)

Die AfD versucht, Begriffe, die von ihr ganz anders definiert werden, zu normalisieren. Diesen Gefallen dürfen wir ihnen nicht tun.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD)

Das Zweite ist: Ich habe Sie im Ausschuss gefragt, ob ich als bayerische Landtagsabgeordnete auch zu Ihren Remigrationsplänen zähle. Mich hat es nicht überrascht – –

(Elena Roon (AfD): Oh ja!)

– Ja, endlich eine ehrliche Antwort! Ihr Fraktionskollege hat nämlich überhaupt keine Antwort gegeben, was für mich auch eine Antwort ist. – Also, seien Sie ehrlich. Kommen Sie nicht mit solchen vorgetäuschten Anträgen. Sie freuen sich bei jedem Attentat. Sie freuen sich bei jeder kriminellen Handlung. Kommen Sie her, seien Sie ehrlich, und sagen Sie: Wir wollen alle, die nicht so denken wie wir, deportieren – damit die Menschen draußen auch wissen, woran sie sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Vogler vor.

Matthias Vogler (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin, für das Wort. Ich denke mal, diese Wortwahl "Deportation" wird genauso Rüge finden wie die andere bei der letzten Plenarsitzung, weil das auch Nazi-Sprech ist. Das zum einen.

Zum anderen sollten Sie, Frau Demirel, vielleicht auch mal eine Demokratielehrstunde besuchen, weil Ihnen das gut zu Gesicht stehen würde. Ich weiß nicht, wie oft die Kollegen Ihnen das noch erklären müssen: Wir wollen zwar die Remigration, aber nicht von gut integrierten Bürgern,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Von Millionen! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Da hat der Kollege damals etwas ganz anderes gesagt! – Weitere Zurufe)

egal woher sie kommen. Wenn Sie gut integriert sind und sich als Deutsche verhalten, dann haben Sie gar nichts zu befürchten, so wie andere Millionen ja auch,

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich "danke" Ihnen! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

die wunderbar integriert sind, ob es der Juri, der Vitali oder der Hassan ist. Die haben alle nichts zu befürchten. Die wählen uns alle, weil sie nämlich genau wissen, wer für sie einsteht,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie wollen Millionen vertreiben!)

und weil sie nicht die Massen hier haben wollen. Wie der Kollege Maier auch gesagt hat: Wir wollen die, die ausreisepflichtig sind, oder die Kriminellen aus dem Land schicken, weil wir unsere Bürger schützen wollen im Gegensatz zu Ihnen, die jede Abschiebung verhindern wollen. Was sagen Sie denn dazu?

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Sie wollen Millionen vertreiben!)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich "danke" Ihnen schon mal recht herzlich, dass ich mich jetzt in Sicherheit wiegen kann, dass ich dieses Versprechen von Ihnen bekommen habe. Danke auch für Ihre Intervention. Aber seien wir mal ehrlich: Wir haben aktuell 240.000 Geflüchtete in diesem Land, in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, die ausreisepflichtig sind. Das sind keine Millionen! Dann möchte ich wissen, wen Sie mit diesen Millionen meinen, die Sie deportieren wollen. Dann sagen Sie das auch!

(Zurufe von der AfD)

Denn die Fakten stimmen nicht mit dem überein, was Sie in Ihrem Wahlprogramm oder auf Parteitagen verabschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Matthias Vogler (AfD))

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege, das Geburtstagskind, Vizepräsident Alexander Hold.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht mal ohne Schaum vor den Mund: Die Ausweisung und Abschiebung von Straftätern und Gefährdern muss im Grunde eine Selbstverständlichkeit sein. Sicherheit hat oberste Priorität. Jeder Staat dieser Welt muss ein allergrößtes Interesse daran haben, seine Rechtsstaatlichkeit, auch seine Souveränität letzten Endes dadurch zu bekräftigen, indem Personen, die sich gravierend nicht an die Regeln des Staates halten oder eben Gefährder für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind, des Landes verwiesen werden.

Es muss aus meiner Sicht auch klar sein, dass schwerkriminelle Schutzsuchende diesen Schutz verwirkt haben. Vor dem Hintergrund bin ich durchaus offen für gewisse Verschärfungen. Aus meiner Sicht ist es tatsächlich unerträglich, wenn zur Begründung angeführt werden kann – das ist nach unserer Gesetzeslage so –, dass eine Gefahr im Herkunftsland ein Grund dafür ist, dass man Gefährder, Schwerstkriminelle

nicht dorthin zurückschicken kann. Das ist aus meiner Sicht tatsächlich unerträglich. Aber unter dem Strich haben wir letzten Endes weniger Defizite in der Rechtsetzung, in den rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern wir haben bisher tatsächlich Defizite im Vollzug des Ganzen.

Eines ist auch klar: Der Antrag, den Sie da stellen, würde im Ernstfall zu großen Komplikationen führen, zum einen, wenn es letzten Endes darum geht, dass man den Schutzstatus aberkennen sollte. Das verstößt gegen internationales Recht. Der Bundesgesetzgeber hat noch in der zu Ende gehenden Periode das Gesetz verschärft und hat dabei die europarechtlich zulässigen Ausgestaltungsspielräume absolut ausgeschöpft. Da geht halt einfach nicht mehr. Das ist das eine.

Das andere: Sie schlagen vor, dass im Grunde bei jeder Verurteilung zu einer Vorsatzstrafat, zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer Geldstrafe ab 91 Tagessätzen ein besonderes Ausweisungsinteresse besteht. – Meinen Sie das wirklich ernst? Das würde den Begründungsaufwand im Ernstfall so erhöhen, dass es für die Behörden extrem schwierig wäre, überhaupt Entscheidungen zu treffen. Das ist viel zu undifferenziert.

Ich nenne mal so ein Beispiel: Der typische allgegenwärtige IT-Ingenieur, der glücklich verheiratet ist, vier Kinder hat und Abteilungsleiter bei einem großen Konzern ist. Die Kinder stehen kurz vorm Abitur. Er ist Vorsitzender von einem Sportverein. Dummerweise kommt er auf der Heimfahrt von dem Sportverein, wo er der Vorsitzende ist, mit seinem Mofa in eine Verkehrskontrolle und hat 1,6 Promille. Sie wollen, dass der zwingend ausgewiesen wird? Ist das wirklich Ihr Ernst? Beim zweiten Mal hätten Sie ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse nach Ihrem Antrag. Ist das wirklich Ihr Ernst, dass so ein Mensch ausgewiesen werden muss, bei aller Integration, bei aller Leistung, die er für unseren Staat, für unsere Gesellschaft erbringt? – Ich glaube nicht, dass das Sinn und Zweck des Ganzen sein kann.

Das ist der Grund dafür, dass dieser Antrag unter dem Strich überhaupt keinen Sinn macht. Wie gesagt, wir müssen sicherlich in ein paar Dingen nachbessern. Wir müssen vor allem im Vollzug nachbessern. Das sind unsere Erwartungen an die nächste Bundesregierung, dass tatsächlich endlich

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wirksame Abkommen geschlossen und dann mit Leben erfüllt werden, die die Koooperationsbereitschaft von Herkunftsländern zum Inhalt haben und ähnliche Dinge, und dass die Abschiebungen dorthin, wo sie angebracht sind, tatsächlich durchgeführt werden.

Aber wenn Sie wirklich meinen, es wäre vernünftig, jede vorsätzliche Straftat, jede Verurteilung aufgrund einer vorsätzlichen Straftat zum Maßstab für die Anerkennung von Rechten zu machen, dann sollten Sie das Ganze zu Ende denken. Wenn man das zu Ende denkt, dann würden wahrscheinlich Mitglieder Ihrer Partei in größerem Umfang nicht mehr in deutschen Parlamenten sitzen, weil sie nämlich genau diese Verurteilung vorzuweisen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Arif Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es wurde heute zum Antrag eigentlich schon alles gesagt. Auch im zuständigen Ausschuss wurde dieser Antrag behandelt. Herr Maier von der AfD, Sie als Rechtsanwalt stellen sich da hin und begründen einen Antrag, der juristisch nicht korrekt ist, der nicht passt. Als Rechtsanwalt! Im Jugendstrafrecht gibt es keine Geldstrafe mit Tagessätzen. Es gibt Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und Jugendstrafe, aber keine Geldstrafe mit Tagessätzen. Da würde ich von einem Rechtsanwalt, wenn er hier einen Antrag begründet, mehr Rechtswissen erwarten. Ihr Antrag ist also nicht nur inhaltlich, sondern

auch handwerklich sehr schlecht. Deswegen lehnen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diesen Antrag aus voller Überzeugung ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass die Aussprache geschlossen ist.

Ich darf, bevor wir zur Abstimmung kommen, einen Vorbehalt formulieren hinsichtlich der einen oder anderen Äußerung bei diesem Tagesordnungspunkt, die wir im Protokoll noch mal nachvollziehen werden. Ich war selber jetzt nicht Sitzungsleiter, aber diesen generellen Vorbehalt hinsichtlich etwaiger Ordnungsmaßnahmen möchte ich formulieren und jetzt zur Abstimmung kommen.

Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

wirksame Abkommen geschlossen und dann mit Leben erfüllt werden, die die Kooperationsbereitschaft von Herkunftsändern zum Inhalt haben und ähnliche Dinge, und dass die Abschiebungen dorthin, wo sie angebracht sind, tatsächlich durchgeführt werden.

Aber wenn Sie wirklich meinen, es wäre vernünftig, jede vorsätzliche Straftat, jede Verurteilung aufgrund einer vorsätzlichen Straftat zum Maßstab für die Anerkennung von Rechten zu machen, dann sollten Sie das Ganze zu Ende denken. Wenn man das zu Ende denkt, dann würden wahrscheinlich Mitglieder Ihrer Partei in größerem Umfang nicht mehr in deutschen Parlamenten sitzen, weil sie nämlich genau diese Verurteilung vorzuweisen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Arif Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es wurde heute zum Antrag eigentlich schon alles gesagt. Auch im zuständigen Ausschuss wurde dieser Antrag behandelt. Herr Maier von der AfD, Sie als Rechtsanwalt stellen sich da hin und begründen einen Antrag, der juristisch nicht korrekt ist, der nicht passt. Als Rechtsanwalt! Im Jugendstrafrecht gibt es keine Geldstrafe mit Tagessätzen. Es gibt Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und Jugendstrafe, aber keine Geldstrafe mit Tagessätzen. Da würde ich von einem Rechtsanwalt, wenn er hier einen Antrag begründet, mehr Rechtswissen erwarten. Ihr Antrag ist also nicht nur inhaltlich, sondern auch handwerklich sehr schlecht. Deswegen lehnen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diesen Antrag aus voller Überzeugung ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass die Aussprache geschlossen ist.

Ich darf, bevor wir zur Abstimmung kommen, einen Vorbehalt formulieren hinsichtlich der einen oder anderen Äußerung bei diesem Tagesordnungspunkt, die wir im Protokoll noch mal nachvollziehen werden. Ich war selber jetzt nicht Sitzungsleiter, aber diesen generellen Vorbehalt hinsichtlich etwaiger Ordnungsmaßnahmen möchte ich formulieren und jetzt zur Abstimmung kommen.

Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzugeben. – Das sind alle übrigen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 8:**